

Dr. Matthias Miersch

- (A) (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Als letzter Redner zu diesem Tagesordnungspunkt hat der Kollege Ulrich Kelber von der SPD-Fraktion das Wort.

Ulrich Kelber (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das heute vorliegende Gesetzespaket ist vor allem aus zwei großen Bestandteilen zusammengesetzt: der Frage der Kennzeichnung und der Frage des Anbaus.

Ich möchte am Anfang die Einschätzung des Zusammenschlusses der Umwelt- und Verbraucherschutzverbände, Campact, zitieren, der für eine gentechnikfreie Landwirtschaft eintritt. Dort sagt man: Die neue Kennzeichnung ist ein großer Durchbruch für die gentechnikfreie Landwirtschaft und für die Wahlfreiheit der Verbraucherinnen und Verbraucher. – Dem ist nichts hinzuzufügen, und die Glaubwürdigkeit ist auch an dieser Stelle besonders hoch.

Die Einschätzung zum restlichen Gesetzespaket ist in den Details nicht immer von Begeisterung und zum Teil von Widerspruch geprägt. Sie lautet: Der Durchmarsch der Grünen Gentechnik in Deutschland wird nicht stattfinden. – Das ist die Einschätzung der Verbraucher- und Umweltschutzverbände.

- (B) (Beifall bei der SPD)

Ich stimme Herrn Minister Seehofer zu, der gesagt hat: Dieses Gesetz ist in diesen Fragen strenger als das Recht, das noch aus rot-grünen Zeiten stammt. – Das ist eine Sachfeststellung, kein Vorwurf an die damalige Mehrheit. Sie wollte nämlich mehr erreichen, ist mit einigen zusätzlichen Vorlagen – daran muss man hier noch einmal erinnern – aber am CDU/CSU-dominierten Bundesrat gescheitert.

„Ja zur Forschung – große Skepsis gegenüber der Anwendung“, das ist die Haltung an dieser Stelle. Ich unterstütze da die Einschätzung des Deutschen Bauernverbands. Meine Bewertung der derzeit angebotenen gentechnisch veränderten Pflanzen ist die: Sie haben keinen ökologischen Vorteil. Sie haben keinen gesellschaftlichen Vorteil. Sie vernichten wirtschaftliche Chancen, die wesentlich größer sind, nämlich im Bereich der konventionellen Züchtung, im Bereich der gentechnikfreien Landwirtschaft und des Ökolandbaus, wo durch die mangelnde Koexistenzfähigkeit sehr viel mehr Arbeitsplätze und sehr viel mehr Geld gefährdet sind. Von daher: Ja zur Forschung und so viel Nein wie möglich zur Anwendung auf den Feldern.

Sie haben gesagt, die Koalition habe sich bei der Gentechnik auf Forschungs- und Anwendungsförderung geeinigt. Zur Ehrlichkeit gehört dazu: Das war eine Aussage zu allen Formen, also zur Roten, Weißen und Grünen Gentechnik, und war nicht allein auf die Grüne Gentechnik bezogen. Selbstverständlich wollen wir die Anwendung der Weißen und Roten Gentechnik in

- Deutschland befördern, weil sie wirklich viel Nutzen bringt. Da danke ich für die differenzierte Einschätzung, Frau Kollegin Tackmann. (C)

Frau Happach-Kasan hat uns empfohlen, von den Spaniern zu lernen. Sie hat gesagt, die hätten mehr Erfahrung mit Mais. Ich habe die Möglichkeit genutzt, aus der ersten Reihe zu telefonieren, und habe mich nach den Abstandswerten beim Maisanbau in Spanien erkundigt. Ich weiß nicht, ob sie das auch vorher getan hat. Bei uns gilt jetzt: 150 Meter bei konventionellem und 300 Meter bei ökologischem Landbau. Die Werte in Spanien sind: ebenfalls 300 Meter beim ökologischen Landbau, aber 220 Meter plus vier Reihen Mantelsaat beim konventionellen Landbau. Also sind die Werte in Spanien strenger.

(Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Das ist kein Grund, stolz zu sein!)

Die spanische Regierung hat zudem angekündigt, sie weiter zu verschärfen.

(Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und wir?)

Liebe Frau Happach-Kasan, bitte bringen Sie einen Antrag ein mit dem Ziel, dass sich Deutschland bei den Abständen beim Maisanbau an Spanien orientiert, weil man das dort besser weiß! Wir unterstützen den dann gern.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

- Herr Kollege, erlauben Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Happach-Kasan? (D)

Ulrich Kelber (SPD):

Natürlich; ich habe eine solche Bitte noch nie abgelehnt.

(Christian Lange [Backnang] [SPD]: Sachkenntnis schadet nichts!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Bitte schön.

Dr. Christel Happach-Kasan (FDP):

Herr Kollege Kelber, es macht doch immer wieder Spaß.

Ulrich Kelber (SPD):

Das weiß ich erst nach der Frage.

Dr. Christel Happach-Kasan (FDP):

Ich dachte, das wissen Sie auch vor der Frage. Ein bisschen Voraussehen können Sie sich, glaube ich, durchaus leisten.

Sicherlich wissen Sie wie ich, dass Spanien das Land ist, das am meisten Bt-Mais anbaut. Das liegt auch daran, dass gerade Katalonien sehr viele Erfahrungen mit dem Maiszünsler hat und diese Sorten sich dort hervorragend bewährt haben. Deswegen haben wir dort

Dr. Christel Happach-Kasan

- (A) jedes Jahr sehr große Zuwächse. Im vergangenen Jahr ist Bt-Mais auf 75 000 Hektar angebaut worden. Das ist, glaube ich, eine ganz gute Sache. Vor diesem Hintergrund hat der spanische Landwirtschaftsminister wohl zu Recht erklärt – ich hoffe, das haben auch Sie gelesen –, dass sich Spanien – –

(Zuruf von Bundesminister Horst Seehofer)

– Entschuldigen Sie bitte, Herr Minister. Sie haben völlig recht.

Ulrich Kelber (SPD):

Eine sehr charmante Kollegin übrigens.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Trotzdem darf er nicht von der Regierungsbank Zwischenrufe machen.

(Heiterkeit)

Dr. Christel Happach-Kasan (FDP):

Tut mir leid, Herr Minister. Ich habe versucht, Sie zu schützen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Herr Kelber, Sie wissen, dass in Spanien auf 75 000 Hektar Bt-Mais angebaut wird. Sie wissen, dass gerade Spanien sagt: Wir richten uns voll nach der EFSA. Sie wissen, dass Spanien sagt: Wir wollen keine Importverbote. Sicherlich wissen Sie auch, dass Koexistenz in Spanien zu der Zeit, als mit dem Anbau begonnen wurde, überhaupt nicht organisiert wurde. Ich hoffe, Sie haben auch das gelesen.

(B)

Ulrich Kelber (SPD):

Frau Happach-Kasan, es gibt manchmal Augenblicke, in denen man lieber keine Zwischenfragen stellen sollte. Sie haben vorhin gesagt, wir sollten bei den Anbaueregeln von Spanien lernen. Ich habe Ihnen beigebracht, dass die gesetzlichen Regelungen in Spanien bereits heute strenger sind und dass die Spanier sie weiter verschärfen wollen. Damit, dass Sie das nicht verneint haben, haben Sie diese Aussage sozusagen bejaht. Von daher bedanke ich mich für die Zwischenfrage an dieser Stelle.

(Beifall bei der SPD)

Nun aber noch ein Punkt zu den Grünen. Man hat schon die Bemühung bemerkt, das Gesetz zu kritisieren. Originalzitat: 99 Prozent des Gesetzes sind Mist. – Das hat Uli Höfken gerade gesagt, und das bei einem Gesetz, das zu 99 Prozent identisch mit den Regelungen aus rot-grüner Zeit ist.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU – Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: 99 Prozent der Änderungen! Von wegen!)

Zu den privatrechtlichen Absprachen. Meiner Meinung nach wären privatrechtliche Absprachen nicht nö-

tig. Aber man muss sich wirklich anschauen, was heute und was in Zukunft möglich ist. (C)

Heute ist es möglich, dass zwei Nachbarn – einer möchte Genmais anbauen; dem anderen ist es egal – mit einem Fingerschnipp eine Genossenschaft gründen. Für die gemeinsamen Felder gelten dann keinerlei Abstands-werte.

In Zukunft können sie eine privatrechtliche Absprache treffen. Dafür muss zunächst ein Einschreiben unterwegs sein. Das kann nicht verloren gehen oder irgend-einem anderen gegeben werden. In diesem Schreiben muss auf die Rechtsfolgen hingewiesen werden. Die Ernte des Nachbarn muss ebenfalls gekennzeichnet werden. Er muss alle Dritten, mit denen er Maschinen, Lagerflächen und Ähnliches gemeinsam nutzt, informieren und fragen, ob es Konflikte gibt. Dann wird diese Absprache noch ins Standortregister eingetragen. Das ist schärfer als die heutigen Möglichkeiten und keine Auf-weichung. Das muss man einfach akzeptieren.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Höfken?

Ulrich Kelber (SPD):

Ja, natürlich.

(Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: Oh nein! Habt ihr keine Familien zu Hause?)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Bitte schön. (D)

Ulrike Höfken (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich gebe zu: Auch ich muss weg. Trotzdem will ich aufmerksam bleiben und natürlich auch fragen.

Erstens. Die unternehmerische Freiheit der Landwirte, vor allem derjenigen, die nicht Gentechnik anbauen wollen, wird durch die Offenlegungszwänge, die hinter dieser Regelung stehen, erheblich eingeschränkt. Fragezeichen.

(Zuruf von der SPD: Ich dachte, ihr seid für Transparenz!)

Zweitens. Die Haftungsanforderungen sind völlig ungeklärt. Fragezeichen natürlich.

Drittens. Ebenso sind die Kontrollmöglichkeiten völlig ungeklärt. Auch dahinter mache ich natürlich ein Fragezeichen.

Sie weisen auf mögliche privatrechtliche Umgehungen durch Betriebsteilungen oder -zusammenführungen hin, die heute möglich sind. Das ändert aber nichts daran, dass Ihr Gesetzentwurf zu einer drastischen Drängerei und zu einer unternehmerischen Einschränkung derjenigen führt, die gentechnikfrei wirtschaften. Das finde ich nicht in Ordnung.

(Zuruf von der FDP: Frage!)

– Fragezeichen.

(A) Ulrich Kelber (SPD):

Ich nehme das als Frage. – Es sind zwei Punkte zu unterscheiden.

Zur Haftung. Die Einschätzung von Campact, die Pressemitteilung des BUND von gestern und die Mitteilung des Bundes Ökologische Lebensmittelwirtschaft von vor drei Tagen stimmen darin überein, dass die Haftungsfragen gegenüber dem bisherigen Gesetz völlig unverändert bleiben – so die Expertinnen und Experten.

(Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da haben Sie recht!)

Bei dem anderen Punkt haben Sie zwei Sachen vermischt, nämlich die privatrechtlichen Absprachen, die freiwillig sind, und die Frage, ob man auf die Information seines Nachbarn antwortet, der sagt: Ich will Genmais anbauen; was machst du auf deinen Grundstücken, die in dem entsprechenden Radius – 150 oder 300 Meter – liegen? – Auch dort bekommt man ein Einschreiben mit Rechtsfolgenhinweis, und diese Auskunft muss zu einem Zeitpunkt gegeben werden, wo jeder Landwirt bereits entschieden und disponiert haben muss, was er tut. Wenn sie nicht gegeben wird, kommt etwas gegenüber dem heutigen Recht Zusätzliches ins Spiel: Es wird nämlich dann in das Grundstücksregister eingetragen, dass nicht klar ist, ob die entsprechenden Abstandswerte eingehalten worden sind. Die Kontrollbehörde kann das dann kontrollieren. Von daher gibt es aus meiner Sicht auch hier eine Klarstellung und eine Rechtsverbesserung gegenüber der aktuellen Situation.

**(B) (Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Na, das werden wir noch sehen!)**

Ich freue mich, Herr Minister Seehofer, dass am Ende die von uns vorgeschlagene Form der Kennzeichnung sehr fair aufgenommen wurde. Sie sind ja auch in den letzten Tagen von vielen Verbänden auf der Grünen Woche für die neue Kennzeichnung öffentlich gelobt worden, ebenso für die Beibehaltung des Bundesprogramms Ökologischer Landbau, das wir von Ihnen gewollt haben. Diese Arbeitsteilung sollten wir beibehalten: Sie übernehmen sozialdemokratische Inhalte und werden dafür öffentlich gelobt. Ich habe für die Zukunft noch einige weitere Beispiele: die Umschichtung von Agrarsubventionen, die Nährwertkennzeichnung, die Erweiterung des Verbraucherinformationsgesetzes. Lassen Sie es uns so machen: Sie übernehmen es und lassen sich dann in der Öffentlichkeit dafür loben. Das reicht uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Es gibt ein paar Punkte, die für die nationale Politik auch nach heute wichtig sind. Erstens müssen wir uns in der Tat um einige Fragen der Belange der Imker in unserem Land kümmern, die nicht beantwortet sind und auf die es auch noch nicht an allen Stellen Antworten gibt. Von daher meine Bitte an Sie, Herr Seehofer: Lassen Sie uns eine nationale Imkereikonferenz einberufen, auf der wir über sämtliche Fragen sprechen, die die Imker in Deutschland betreffen – dabei wird es auch um Fragen des Nachwuchses und der Organisation gehen –, weil

wir die Imkereiwirtschaft und ihre Bedeutung für die deutsche Landwirtschaft stärken müssen. **(C)**

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Zweitens werden wir uns um das europäische Recht kümmern müssen; dort ist im Hinblick auf die Grüne Gentechnik einiges im Argen. Es geht sowohl um die stärkere Wissenschaftlichkeit des Zulassungsverfahrens als auch um eine demokratische Beurteilung. Es geht eben nicht nur darum, ob eine Pflanze für sich genommen für Organismen und die menschliche Gesundheit ungefährlich ist, sondern auch darum, ob sie Anbaukulturen, Formen der Wirtschaftlichkeit anderer Kulturen gefährdet. Auch dies muss geklärt werden, und das ist eine gesellschaftliche und keine isolierte wissenschaftliche Entscheidung. Wir brauchen die Möglichkeit der Verbindlichkeit von gentechnikfreien Regionen. Wir brauchen eine klare Kennzeichnung von Saatgut in der Form, dass Saatgut nur einen besonders geringen Anteil haben darf, der praktisch an der Nachweisbarkeitsgrenze liegt, damit sich der Gentechnikanteil auf den Feldern nicht hochschaukelt. Die Kennzeichnung, die wir jetzt national auf den Weg bringen, brauchen wir europaweit ebenso verbindlich. Die SPD wird bis zur Sommerpause einen Vorschlag für eine solche gemeinsame Initiative des Deutschen Bundestages auf den Tisch legen.

(Beifall bei der SPD)

Auch mein dritter Punkt stellt eine Bitte an Sie dar, Herr Seehofer. Sowohl das gültige Recht als auch das, das wir heute verabschieden und das hoffentlich bald im Bundesgesetzblatt stehen wird, erlaubt Ihnen, in der Verwaltungspraxis über das Problem mit Genmais MON810 zu entscheiden. Die Fragen sind gewichtig genug, dass wir es nicht zulassen sollten, dass zum Beispiel in Unterfranken in der nächsten Saison auf 110 Hektar diese Sorte angebaut wird. Ich fordere Sie auf, Ihre Möglichkeiten auszuschöpfen, anderen Ländern in der Europäischen Union zu folgen und den Anbau von MON810 wegen der ungeklärten Fragen auf Grundlage unserer bestehenden Gesetze zu untersagen. Das ist die klare Bitte der SPD an Sie. **(D)**

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der Abg. Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] – Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Beifall nur für den letzten Teil!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Ich schließe die Aussprache.

Bevor wir zur Abstimmung kommen, teile ich Ihnen mit, dass zwei Erklärungen zur Abstimmung nach § 31 der Geschäftsordnung von den Kollegen Michael Brand und Josef Göppel aus der CDU/CSU-Fraktion vorliegen.¹⁾

¹⁾ Anlage 2